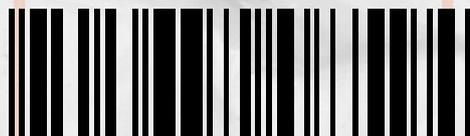




**********

SUPERMARKT-CHECK 2020

DEUTSCHE SUPERMARKTKETTEN
KÖNNEN MENSCHENRECHTE
ACHTEN - WENN SIE WOLLEN



OXFAM
Deutschland

SUPERMARKT-CHECK 2020

DEUTSCHE SUPERMARKTKETTEN KÖNNEN MENSCHENRECHTE ACHTEN – WENN SIE WOLLEN

Durch die Corona-Pandemie hat der Gang zum Supermarkt eine ganz neue Bedeutung bekommen. Trotz Hamsterkäufen mussten sich die Menschen in Deutschland jedoch keine Sorgen um ihr Essen machen. Auch wenn einzelne Produkte kurzzeitig fehlten, waren die Regale insgesamt gut gefüllt.

Unsere lückenlose Versorgung mit Lebensmitteln hat allerdings eine düstere Kehrseite: Leid, Ausbeutung und Diskriminierung sind in den Lieferketten deutscher Supermärkte an der Tagesordnung. Oxfam zeigt seit Jahren immer wieder auf, wie diese Konzerne durch Preisdruck und unfaire Verträge gegenüber Zulieferern dazu beitragen, dass Menschen auf Teeplantagen im indischen Assam oder Obstplantagen in Ecuador und Costa Rica unter unwürdigen Arbeitsbedingungen leiden. Unsere Fallstudien zu Lebensmitteln wie Tee, Trauben und Wein oder tropischen Früchten wie Bananen und Ananas zeigen: In Lateinamerika, Afrika und Asien müssen Arbeiter*innen für Hungerlöhne und unter gesundheitsschädlichen Bedingungen täglich bis zu 12 Stunden schuften. Die Corona-Pandemie hat diese Situation noch verschärft: Social Distancing und Home-Office sind für Plantagenarbeiter*innen und Kleinbäuer*innen keine Option. COVID-19 gefährdet sie besonders, denn beim Pflücken kommen sie über Jahre mit giftigen Pestiziden in Berührung, die unter anderem chronische Atemwegserkrankungen auslösen.

In Reaktion auf diese Fallstudien und damit verbundenem öffentlichem Druck gab es punktuelle Fortschritte für die Arbeiter*innen auf Obstplantagen. Keiner der kritisierten Supermärkte hat jedoch sein auf Billigpreisen basierendes Geschäftsmodell geändert.

WAS IST DER SUPERMARKT-CHECK?

Seit 2018 analysiert Oxfams jährlich erscheinender Supermarkt-Check die Menschenrechtspolitik der größten Supermarktketten in Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und den USA. Auf Grundlage internationaler Standards wie den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und den Leitfäden der OECD hat Oxfam dafür knapp 100 Bewertungskriterien entwickelt.

Der Supermarkt-Check bewertet vier Themen: Transparenz und Strategie, Achtung von Arbeitnehmer*innenrechten bei Lieferanten, Umgang und Handelsbeziehungen mit Kleinbäuer*innen sowie Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechte. Als Maßstab dienen dabei öffentlich zugängliche Informationen in Nachhaltigkeitsberichten und auf Websites.

* * *

**SOCIAL DISTANCING
UND HOME-OFFICE
SIND FÜR PLANTAGEN-
ARBEITER*INNEN UND
KLEINBÄUER*INNEN
KEINE OPTION.**

* * *

SUPERMARKT-CHECK 2020

EIN INTERNATIONALER VERGLEICH

* * * * *

SUPERMARKT	TRANSPARENZ & STRATEGIE	RECHTE VON ARBEITER*INNEN	UMGANG MIT KLEINBÄUER*INNEN	FRAUEN-RECHTE	GESAMT-WERTUNG
	50%	67%	25%	43%	46%
Sainsbury's	42%	54%	50%	29%	44%
	38%	54%	17%	24%	33%
	40%	38%	25%	24%	32%
Walmart 	38%	25%	21%	33%	29%
	31%	35%	21%	10%	25%
REWE	29%	25%	33%	10%	25%
JUMBO	33%	29%	13%	14%	23%
	25%	19%	21%	10%	19%
	29%	13%	21%	10%	18%
	10%	25%	13%	0%	12%
	13%	13%	8%	0%	9%
	6%	17%	8%	0%	8%
	8%	13%	4%	0%	6%
	8%	8%	4%	0%	5%
	0%	8%	4%	0%	3%

* * * * *



DIE WICHTIGSTEN ERKENNTNISSE DES SUPERMARKT-CHECKS 2020

In seinem dritten Jahr zeigt Oxfams Supermarkt-Check vor allem eins: Es geht! Supermärkte können ihre Geschäftspolitiken ändern und stärker auf die Rechte derjenigen Menschen in aller Welt ausrichten, die Lebensmittel anbauen und ernten.

Es geht aber nicht ohne Druck. Nicht umsonst ist der Konzern, der in Deutschland am besten abschneidet, Lidl, den Oxfam bereits seit zehn Jahren mit Kampagnen und in Fallstudien adressiert.

Unter den deutschen Supermärkten hat Lidl dieses Jahr einen Sprung nach vorn getan und sich von neun Prozent der Gesamtpunktzahl im Vorjahr auf 32 Prozent gesteigert. Auch Aldi Süd und Rewe haben einiges in ihrer Menschenrechtspolitik verbessert und jeweils 25 Prozent der Gesamtpunktzahl erreicht. Aldi Nord hat ebenfalls Fortschritte gemacht und kommt auf 18 Prozent. Damit liegen diese drei Supermärkte im Mittelfeld des Supermarkt-Checks.

Wie bereits 2019 hat sich Edeka dagegen kaum bewegt und bildet mit mageren drei Prozent das Schlusslicht – sowohl in Deutschland als auch im internationalen Vergleich.

Internationale Vorreiter sind weiterhin die britischen Supermarktketten: Tesco und Sainsbury's holen 46 und 44 Prozent der Gesamtpunktzahl – erreichen aber nicht einmal die Hälfte aller möglichen Punkte.

Das Zwischenfazit lautet damit: Veränderungen ja, Wendepunkt nein. Alle Supermarktketten sind noch weit entfernt von einer hundertprozentigen Ausrichtung auf Menschenrechte. Trotz mancher Fortschritte tun Supermärkte immer noch zu wenig gegen die Ausbeutung der Menschen, die das Essen in ihren Regalen produzieren.

DIE DEUTSCHEN SUPERMÄRKTE IM ÜBERBLICK

Nach katastrophalen Ergebnissen bei allen deutschen Supermarktketten in den vergangenen zwei Jahren haben Aldi Süd und Nord, Lidl und Rewe nun zentrale Maßnahmen ergriffen. Nicht so Edeka.

Aldi Süd und Nord, Lidl und Rewe veröffentlichen mittlerweile Risikoanalysen zu Menschenrechtsverletzungen beim Anbau ihrer Produkte weltweit. Lidl macht darüber hinaus **einen Großteil seiner direkten Zulieferer publik**. Dies ermöglicht Arbeiter*innen und Gewerkschaften in den Produktionsländern, das Unternehmen direkt anzusprechen, wenn Missstände bei den Zulieferern vorliegen: Ein Meilenstein, behaupteten doch viele Unternehmen bisher, dass es nahezu unmöglich sei, Transparenz über globale Lieferketten herzustellen.

**DAS ZWISCHENFAZIT
LAUTET DAMIT:
VERÄNDERUNGEN JA,
WENDEPUNKT NEIN.
ALLE SUPERMARKT-
KETTEN SIND NOCH
WEIT ENTFERNT VON
EINER HUNDERT-
PROZENTIGEN AUS-
RICHTUNG AUF
MENSCHENRECHTE.**

Aldi Süd und Nord und Lidl haben sich außerdem dazu verpflichtet, für Risikoprodukte zusammen mit Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft vor Ort **Risikoanalysen und Aktionspläne** zu erarbeiten, um bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Teilweise haben sie hierzu bereits Untersuchungen durchgeführt. Risikoprodukte sind unter anderem Erdbeeren aus Spanien, die Migrant*innen unter unzumutbaren Bedingungen ernten müssen, und Bananen aus Südamerika, bei deren Anbau Oxfam immer wieder Menschenrechtsverletzungen festgestellt hat. Die Maßnahmen bringen nicht nur Verbesserungen für die Arbeiter*innen vor Ort, sondern bedeuten auch einen Paradigmenwechsel, denn bisher hatten sich die Discounter geweigert, ernsthaft mit Gewerkschaften vor Ort in einen Austausch zu treten.

Im Januar 2020 haben zahlreiche deutsche Einzelhandelsunternehmen eine Selbstverpflichtung zur Durchsetzung **existenzsichernder Löhne und Einkommen** in globalen Lieferketten unterzeichnet. Darunter waren auch Lidl, Rewe und Aldi – Edeka jedoch nicht. Für ihre bloße Unterschrift haben Supermärkte allerdings keine Punkte bekommen; dazu sind die öffentlichen Informationen über die konkrete Umsetzung der Initiative nach Oxfams Einschätzung zu spärlich. Lidl hat über die Selbstverpflichtung hinaus bereits in Brasilien, Ghana und Ecuador konkrete Projekte zur Zahlung eines existenzsichernden Lohns gestartet. Rewe punktet mit der Zusage, jährlich öffentlich über den Fortschritt in diesem Bereich zu berichten.

Rewe und Lidl wollen außerdem einen **Beschwerdemechanismus für Betroffene** einrichten. Das ist nicht nur wichtig, um Abhilfe bei Menschenrechtsverletzungen zu schaffen, sondern auch, um Informationen zur Situation in Anbauländern zu erhalten.

Alle Supermarktketten, mit Ausnahme von Edeka, führen Projekte mit **Kleinbäuer*innen** durch, bei denen diese durch besseres Know-how höhere Einkommen erzielen können.





Die jahrelange Kampagnenarbeit zu Lidl hat sich gelohnt.

© Joerg Farys

Bis auf Edeka haben auch alle endlich ihre Politik zu Frauenrechten verbessert: Lidl hat unter anderem die UN Women Empowerment Principles, internationale Grundsätze zur Stärkung von Frauen in Unternehmen, unterzeichnet und sich damit verpflichtet, sowohl in all seinen Niederlassungen weltweit als auch bei seinen Lieferanten **Frauen zu unterstützen und für Geschlechtergerechtigkeit zu sorgen**. Aldi Süd und Nord haben sich beispielsweise verpflichtet, eine spezielle Risikoanalyse zusammen mit Frauen vor Ort für drei Risikoprodukte durchzuführen. Rewe unterstützt Kleinbäuerinnen in Ghana dabei, höhere Einkommen zu erzielen. Damit haben alle Supermarktketten außer Edeka zumindest zehn Prozent der Gesamtpunktzahl in der Kategorie Frauenrechte erreicht, Lidl sogar 24 Prozent. Diese Zahlen zeigen jedoch vor allem eins: Trotz kleiner Fortschritte besteht in Sachen Frauenrechte dringender Aufholbedarf.

Allein Edeka verweigert sich einer ernsthaften Menschenrechtspolitik. Das Unternehmen setzt vorrangig auf seine Partnerschaft mit dem World Wildlife Fund (WWF), bei der jedoch in erster Linie Umweltaspekte wie Wasserverbrauch beim Obst- und Gemüseanbau im Fokus stehen. Das ist zweifelsohne wichtig. Die menschenrechtliche Verantwortung ist jedoch ebenso zentral.

Insgesamt setzen deutsche Supermarktketten immer noch zu sehr auf fragwürdige Siegel, beispielsweise der Organisation Rainforest Alliance. Zahlreiche Studien von zivilgesellschaftlichen Organisationen, unter anderem Oxfam, belegen seit Jahren, dass diese Siegel nicht ausreichen, um Menschenrechte zu schützen.

Was machen die britischen Supermarktketten besser?

Trotz grundlegender Fortschritte deutscher Supermarktketten erzielen die britischen Konzerne mit den Spitzenreitern Tesco und Sainsbury's immer noch die besten Ergebnisse. Warum? Zunächst arbeiten beide schon länger daran, ihre Geschäftspolitiken an Menschenrechten auszurichten und haben auch bei herausfordernden Themen bereits einiges bewirkt. So setzt sich Tesco seit einiger Zeit bei seinen Zulieferern in Lateinamerika proaktiv für die Selbstorganisation der Arbeiter*innen ein. Mit Erfolg: In Peru zum Beispiel hat jeder von Tescos Zulieferern eine Arbeitnehmervertretung. Und auch beim Thema Frauen liegt der britische Einzelhändler weit vorne: Zusammen mit Frauenorganisationen geht das Unternehmen in verschiedenen Initiativen wie dem World Banana Forum oder dem südafrikanischen Leadership Programme zur Ausbildung weiblicher Führungskräfte in der Fruchtindustrie das Thema Geschlechtergerechtigkeit bei seinen Zulieferern an.

INSGESAMT SETZEN DEUTSCHE SUPERMARKTKETTEN IMMER NOCH ZU SEHR AUF FRAGWÜRDIGE SIEGEL, BEISPIELSGEWEISE DER ORGANISATION RAINFOREST ALLIANCE.

Ein Grund für die vergleichsweise hohe Punktzahl mag der UK Modern Slavery Act sein, ein Gesetz, nach dem Unternehmen über Vorkommnisse von und Maßnahmen zu modernen Formen der Sklaverei in ihren Lieferketten berichten müssen. Letztendlich haben aber auch die britischen Supermarktketten nicht einmal 50 Prozent der Gesamtpunktzahl erreicht.

Woran mangelt es? Problem Preispolitik

Im deutschen Lebensmitteleinzelhandel halten die Schwarzgruppe (Lidl und Kaufland), Aldi, Rewe und Edeka 85 Prozent der Marktanteile. Damit kommt kein Hersteller, der im deutschen Markt Lebensmittel in nennenswerter Größenordnung verkaufen will, an ihnen vorbei. Die Konzerne haben damit die Macht, ihren Lieferanten Preise und Konditionen zum eigenen Vorteil zu diktieren. Und das geht auf Kosten der Löhne von Arbeiter*innen und Kleinbäuer*innen in Anbauländern des Globalen Südens. Um ihre Situation substantiell zu verbessern, wäre eine Veränderung in der Preispolitik entscheidend. Im Januar 2020 warb Edeka jedoch mit dem Slogan „Wir streichen die Preise“ für Billigpreise, ein paar Monate später zog Aldi mit einer „Preis, Preis, Baby“-Kampagne nach.

Die aggressive Werbung mit Billigpreisen führt zu einer Abwärtsspirale, da Verbraucher*innen so noch stärker auf den Preis achten. Am Ende zahlen die Arbeiter*innen in den globalen Lieferketten für den Preiskampf: Ohne eine faire Verteilung der Kosten für höhere Sozialstandards wird es keine existenzsichernden Löhne und Einkommen für sie geben.

Beim Indikator Einkaufspolitik, der bewertet, ob Supermarktketten die Auswahl ihrer Lieferanten nicht nur nach niedrigen Preisen, sondern auch nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen treffen, hat bisher keins der untersuchten Unternehmen gepunktet. Zwar behaupten Aldi Süd und Nord, Lidl und Rewe, dass sie ihre Einkaufspolitik mit Vorgaben zur Einhaltung der Menschenrechte versehen, konkrete Belege liefern sie jedoch nicht – ebenso wenig wie Tesco und Sainsbury's.

* * *

DIE AGGRESSIVE WERBUNG MIT BILLIGPREISEN FÜHRT ZU EINER ABWÄRTSSPIRALE, DA VERBRAUCHER*INNEN SO NOCH STÄRKER AUF DEN PREIS ACHTEN.

* * *

IMPRESSUM

Herausgeber

© Oxfam Deutschland, Juni 2020

Oxfam Deutschland e.V.

Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin

Tel. +49 30 453 069-0

E-Mail: info@oxfam.de

www.oxfam.de

V.i.S.d.P.:

Marion Lieser

Autor*innen:

Franziska Humbert, Tim Zahn

Redaktion:

Julia Jahnz, Annika Zieske,

Christin Becker

Titelbild:

Oxfam Deutschland e.V.



© Oxfam Deutschland e.V.

Oxfam vereint Menschen in aller Welt, die sich nicht damit abfinden wollen, dass es Armut und extreme Ungleichheit gibt. Als internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation unterstützen wir Menschen in armen Ländern dabei, sich eine bessere Zukunft zu schaffen. Für weitere Informationen schreiben Sie uns oder besuchen Sie www.oxfam.de.

Dieser Supermarkt-Check wird mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt ist allein Oxfam Deutschland e.V. verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



Co-funded by
the European Union

WIR BRAUCHEN EIN LIEFERKETTENGESETZ!

Trotz der genannten Fortschritte tun Supermärkte nach wie vor nicht genug, um die Ausbeutung der Menschen zu verhindern, die die Lebensmittel in ihren Regalen produzieren. Damit Konzerne wie Edeka sich nicht mehr um ihre Verantwortung drücken können, braucht es eine verbindliche Grundlage: Ein Lieferkettengesetz, das Supermarktketten und alle transnational tätigen Unternehmen in die Pflicht nimmt. Nur ein solches Gesetz kann sicherstellen, dass es nicht der Willkür der Konzerne überlassen bleibt, ob sie Menschenrechte in ihrer Lieferkette achten. Ein gesetzlicher Rahmen ist darüber hinaus auch eine Voraussetzung für wirksamen Umweltschutz durch Unternehmen im Ausland.

Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass dies funktioniert: Es war nicht zuletzt der UK Modern Slavery Act, der auch Aldi und Lidl, die sich mit großer Geschwindigkeit im britischen Markt ausbreiten, dazu gebracht hat, eine ernsthafte Menschenrechtspolitik anzustreben.

Unternehmen haben genug Möglichkeiten, die Einhaltung der Menschenrechte bei ihren Lieferanten zu verbessern. Dies voranzutreiben, sollte nicht die Aufgabe zivilgesellschaftlicher Organisationen oder gar der Verbraucher*innen sein. Ein Lieferkettengesetz würde für mehr Gerechtigkeit sorgen: Für die Arbeiter*innen vor Ort, aber auch für Vorreiter im Wettbewerb, die durch höhere Sozialausgaben bisher das Nachsehen haben.

Oxfam ist deshalb Teil der Initiative Lieferkettengesetz, die einen konkreten Vorschlag für ein deutsches Gesetz erarbeitet hat. Dieses würde Unternehmen einschließlich Supermarktketten verpflichten, ihre Einkaufspolitik, also auch Preise und sonstige Vertragsbedingungen gegenüber Zulieferern, so auszurichten, dass vor Ort keine Menschenrechte verletzt werden. So ließen sich Geschäftspolitiken durchsetzen, die mit der Globalisierung im 21. Jahrhundert Schritt halten und nicht auf Kosten der Menschen in Anbauländern gehen.

* * *

DAMIT KONZERNE WIE EDEKA SICH NICHT MEHR UM IHRE VERANTWORTUNG DRÜCKEN KÖNNEN, BRAUCHT ES EINE VERBINDLICHE GRUNDLAGE: EIN LIEFERKETTENGESETZ, DAS SUPERMARKTKETTEN UND ALLE TRANSNATIONAL TÄTIGEN UNTERNEHMEN IN DIE PFLICHT NIMMT.

* * *

